

Freiheit, Einheit und Frieden für Deutschland!

Feierliche Forderung Adenauers als Sprecher aller Deutschen an die Viererkonferenz

Bonn (Eigenmeldung). „Geht ganz Deutschland endlich Freiheit, Einheit und Frieden!“ Diese Forderung richtete Bundeskanzler Dr. Adenauer zur Berliner Konferenz als Sprecher der Deutschen in Ost und West an die vier Besatzungsmächte. Der Bundeskanzler fordert die vier Mächte auf, die Teilung Deutschlands zu beenden, indem sie dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich frei eine Nationalversammlung zu wählen, eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden und einen gerechten Friedensvertrag zu schließen:

„Die Deutschen, die am eigenen Leibe die Schrecken des Krieges und der Gewaltherrschaft erlebt haben, sind fest entschlossen, all ihre Kräfte in den Dienst der Freiheit und des Friedens zu stellen. Sie wünschen nichts sehnlicher, als gemeinsam mit allen ihren Nachbarn durch Austausch geistiger und materieller Güter zur Fortentwicklung der Menschheit und zur Festigung des Friedens beizutragen.

Eingedenk des geschehenen Unrechts und der Leiden der Völker verlangen sie nach einer Ordnung, die sich auf die Achtung des Rechts, der Würde und der Freiheit der Menschen in aller Welt gründet. Sie wünschen, daß Lösungen strittiger Probleme ausschließlich mit friedlichen Mitteln gefunden werden

In diesem Geiste wende ich mich als der Sprecher der Deutschen in West und Ost an die Vertreter der vier Mächte, die in Berlin zusammenkommen, um sie aufzufordern, die Teilung Deutschlands zu beenden, indem sie dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich frei eine Nationalversammlung zu wählen, eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden und einen gerechten Friedensvertrag zu schließen.

Neun Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ist Deutschland noch immer ge-

teilt. Diese Spaltung ist nicht das Ergebnis eines Streites unter den Deutschen selbst. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit kann nur aus einer Einigung der Großmächte hervorgehen. Alle Deutschen, die ich zu vertreten die ernste

Pflicht habe, richten an die vier Mächte die Aufforderung, ihnen eine Einheit in Frieden und Freiheit, die sie als ihr natürliches und göttliches Recht ansehen, zu ermöglichen.

Deutschland ist bereit und fähig, gemeinsam mit allen Völkern, die guten Willens sind, an der Verwirklichung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele mitzuwirken. Dem Frieden und der Sicherheit in Europa und der Welt kann kein größerer Dienst erwiesen werden als durch die
(Fortsetzung Seite 2)

1954 muß die Wiedervereinigung bringen

Appell der Exil-CDU an die Berliner Konferenz

Der Vorstand der Exil-CDU, der am 20. Januar unter dem Vorsitz von Jakob Kaiser in Königswinter tagte, nahm Stellung zur Berliner Konferenz und ihrer Bedeutung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Aus der besonderen Verantwortung der Exil-CDU für das sowjetisch besetzte Mitteldeutschland richtete der Vorstand den folgenden Appell an die Berliner Konferenz:

Neun Jahre der Zerrissenheit Deutschlands haben gezeigt, daß dieser Zustand niemals zu einer Befriedung und Stabilisierung Europas führen kann. Die Teilung Deutschlands kann Europa weder politisch noch wirtschaftlich noch psychologisch zu einem gesunden Organismus werden lassen. Die Juni-Vorgänge haben bewiesen, daß die Situation der 18 Millionen in der Sowjetzone eine ständige Quelle explosiver Gefahren bleibt. Ebensovienig werden sich die 50 Millionen in Westdeutschland und Berlin mit der Teilung Deutschlands abfinden. Das ganze deutsche Volk wird nicht zur Ruhe kommen, bis seine Einheit und Freiheit wiederhergestellt sind.

Aus Verantwortung gegenüber Deutschland und Europa ergeht deshalb an die Außenminister der in Berlin tagenden Mächte der ernste Ruf, zur Verständigung über praktische Maßnahmen zu kommen, die ganz Deutschland ohne weiteren Verzug wieder in Einheit und Freiheit zusammenführen können. Die Entwicklung hat längst über Jalta und Potsdam hinweggeführt. Sie hat erwiesen, daß alle auf der Teilung Deutschlands beruhenden Lösungen gefährlich bleiben. Deshalb wird die Konferenz die Hoffnung aller Völker auf Entspannung und Stabilisierung nur dann erfüllen können, wenn sie durch konkrete Beschlüsse und Taten dazu beiträgt, daß 1954 das Jahr der deutschen Wiedervereinigung wird.

Pankow ist ein schlechter Ratgeber

Von Dr. Johann B. Gradl,
geschäftsführender Vorsitzender
der Exil-CDU

Ist die Sowjetunion bereit, im Interesse der Befriedung des europäischen Spannungsfeldes ihre bisherige Deutschlandpolitik ernsthaft zu revidieren? Das ist die Frage, von deren Beantwortung auf der derzeitigen Viermächtekonferenz auch das Schicksal der achtzehn Millionen Deutschen in der Sowjetzone und Ostberlin zutiefst berührt wird. Niemand weiß heute, welche Antwort die Politiker des Kreml geben werden. Aber das ist sicher, daß die Sowjets schlecht beraten sein werden, falls sie den Ratschlägen und Wünschen ihrer Pankower Angestellten folgen.

Die Furcht der SED

Alle Reden- und Veröffentlichungen der Mitglieder der sogenannten Regierung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik aus der Hauptstadt Pankow lassen erkennen, wie sehr das sowjetdeutsche System davor bangt, der Kreml könnte es aus höheren politischen Gründen auf dem Altar einer West-Ost-Befriedung opfern. Die Funktionäre der SED und ihrer Hilfsorganisationen wissen sehr genau, daß ihre so sehr mißbrauchte und so gern genossene Macht in dem Augenblick ein Ende haben wird, in dem das Volk selbst die Möglichkeit hat, frei seine Meinung zu bekunden und zu wählen. Deshalb geschieht von Pankow aus alles, um die Bundesrepublik und Westberlin in verlogenen und verzerrenden Darstellungen zu verleumden. Wenn man den Erklärungen Pankows, insbesondere auch des Apostaten Otto Nuschke, glauben wollte, dann wäre Deutschland außerhalb der Pankower Musterrepublik nichts als eine Ansammlung von Agenten-, Spionage- und Sabotageorganisationen, von Reaktionen, Junkern, Faschisten, Kapitalisten, Militaristen, die alle miteinander nichts Besseres zu tun wissen, als die „friedliebenden Patrioten“ zu unter-

drücken und Elend und Not über das Volk zu bringen.

Der Leiter der Privatkanzlei des sogenannten Präsidenten der DDR, Erzkommunist und „Staatssekretär“ Otto Winzer, hat kürzlich im „Neuen Deutschland“, dem zentralen Parteiorgan der SED, ein Musterbeispiel Pankower Störhetze gegen die Viererkonferenz gegeben, indem er in einer Auseinandersetzung mit der unbequemen Forderung nach freien Wahlen folgendes erklärte: „Freie Wahlen, ja, aber sie haben zur Bedingung, daß es den Banken, Trusts, Konzernen und Großgrundbesitzern unmöglich gemacht wird, politische Macht zu kaufen; daß keine Himmler-Polizisten und Nazi-richter aufgeboden werden dürfen, um klassenbewußte Arbeiter und deutsche Patrioten in die Kerker zu werfen; daß es dem reaktionären Klerus, der Hitlers Machtantritt einsegnete oder mit dem Konkordat der blutigen Hitlermacht die päpstliche Weihe gab, unmöglich gemacht wird, Gewissenszwang auf die Wähler auszuüben; daß es den Unternehmern unmöglich gemacht wird, klassenbewußte Arbeiter für Wahlagitation im Betrieb zu maßregeln und dem Hunger preiszugeben.“

Seltsame Wahlen

Schade um die vielen Worte. Die Deutschen in der Sowjetzone, die diese Ergüsse hören und lesen müssen, vermögen viel kürzer auszudrücken, was Pankow will: Wahlen, ja, wenn zuvor den Gegnern der Kommunisten jede Wahlpropaganda und Wahl unmöglich gemacht ist — nach bewährtem Muster der anderen „volksdemokratischen“ Wahlen. Übrigens, in der Sowjetzone sind doch nach Meinung der Pankower alle diese Voraussetzungen des Genossen Winzer und des Mitläufers Nuschke bereits gegeben. War-

um wagen sie es denn eigentlich trotzdem nicht, wenigstens ein einziges Mal in der Sowjetzone in Freiheit wählen zu lassen, ohne Wahlfälschung, Einheitsliste usw.? Man kann sich nur immer wieder über die Unverfrorenheit dieser Pankower Machthaber wundern, die im SSD eine politische Geheimpolizei mit einem Heer von Spitzeln und Denunzianten gegen das Volk geschaffen haben.

Unmöglicher Partner

Ob der Kreml nebst seiner Filiale in Berlin-Karlshorst die Pankower Größen besonders wichtig nehmen wird, wenn es um weltweite Entscheidungen geht, das kann man bezweifeln. Auf alle Fälle sollte der Kreml sich endlich darüber klar sein, daß Pankow der schlechteste Ratgeber für eine vernünftige Deutschlandpolitik ist — und ein sozusagen von Natur aus unmöglicher Partner für eine echte deutsche Wiedervereinigungspolitik. Das heutige Regierungssystem der Sowjetzone beruht, wie am 17. Juni 1953 offenbar geworden ist, ausschließlich auf der Anwesenheit der Besatzungsmacht und ihrem militärischen Schutz. Eine Regierung, die gegen das eigene Volk fremde Soldaten alarmiert, hat nicht die geringste Legitimation, ihre Meinung als die des von ihr unterdrückten Volkes auszugeben. Deshalb ist auch der Gedanke einfach absurd, man könnte sich mit Ulbricht und seinesgleichen in einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung zusammenfinden. Das wäre eine Beleidigung für die Toten des 17. Juni, für die zahllosen Opfer der politischen Justiz und für die Bevölkerung der Sowjetzone überhaupt. Nein, mit der Pankower Karte ist kein politisches Spiel mehr zu machen — es sei denn, der Kreml will nur das alte Spiel wiederholen.

In guter Nachbarschaft leben

(Fortsetzung von Seite 1)

Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Ohne die Wiedervereinigung wird die von allen Völkern erhoffte Entspannung und Befriedung Europas und der Welt nicht erreicht werden. Ein wiedervereinigtes Deutschland wird keinen dringlicheren Wunsch

haben, als mit allen Völkern in Frieden und im Geiste guter Nachbarschaft zu leben. Deutschlands Arbeit wird nicht nur ihm selbst, sondern allen seinen Nachbarn und der Gemeinschaft der Völker zum Segen reichen.

Gebt ganz Deutschland endlich Freiheit, Einheit und Frieden! Das ist die Forderung aller Deutschen an die Welt.“

Vom freien Bauernland zur Steppe

Wieder Bauernflucht aus der Sowjetzone — Unerfüllbares Soll

In Nr. 2 unserer Wochenausgabe haben wir über die verlassenen Höfe in der Sowjetzone berichtet. Alle Maßnahmen der Pankower Regierung, diese Höfe den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) einzugliedern, sind gescheitert. Sie werden nun den örtlichen Verwaltungsbehörden zur Bewirtschaftung übergeben. Auch diese werden sie nicht bewirtschaften können, denn das größte Problem für die sowjetzonale Landwirtschaft sind die überall fehlenden Arbeitskräfte. Die Folge ist eine noch nie dagewesene Verunkrautung und Verwahrlosung auch der bewirtschafteten Flächen. Die verunkrauteten Felder beginnen langsam zu versteppen.

Ähnliche Zustände drohen auch den Volkseigenen Gütern (VEG), die im Zuge der „Planung“ zum Teil völlig durcheinander gerieten, Tausende von Schweinen krepiereten auf den Gütern im Laufe des letzten halben Jahres — nicht an Seuchen (die kamen später noch hinzu) —, sondern zunächst, weil von den verlassenen Höfen die Schweine auf diese Güter verbracht wurden, ohne daß Ställe und Futter vorhanden waren.

Überall Mangel

Die noch vorhandenen kleinen und mittleren Bauernwirtschaften leiden zum größten Teil an Saat- und Futtermittelmangel, sie bekommen keinen oder viel zuwenig Kunstdünger und leben zur Zeit noch von der Substanz.

Daß der „neue Kurs“ in die altausgefahrenen Gleise gebracht wird, beweist die Tatsache, daß die Hetze gegen die Kleinbauern wieder anläuft. So sagte Herr Biering vom Zentralkomitee der SED vor kurzem: „Ein Teil der Großbauern versucht wieder, Zwistigkeiten zwischen die werktätigen Bauern und die Genossenschaftsbauern zu säen.“

Er begründete das damit, daß in seinem Beisein in einer Bauernversammlung, als er von der „Festigung des Sozialismus“ sprach, einige Bauern ihn fragten: „Nun, dann geht es wohl schon wieder los?“

46 000 Bauern flüchteten

Alein über das Bundes-Notaufnahmeverfahren in Berlin wurden im Jahre 1952 insgesamt 9158 Landwirte als Flüchtlinge registriert. Im Jahre 1953 waren es 37 563, wobei in dieser Zahl die Jugendlichen unter 24 Jah-

ren nicht enthalten sind, ebenso wie die Landwirte, die über die Lager Uelzen und Gießen aufgenommen wurden. Das bedeutet, daß eine mittlere Stadt von etwa 46 000 Einwohnern mit Bauern aus der sogenannten „DDR“ geflüchtet ist. Das bedeutet aber auch, daß Hunderte von Dörfern völlig verlassen sein müßten, wenn diese Bauern sich nicht über die gesamte Sowjetzone verteilen würden.

Wohl haben die Fluchtzahlen der Bauern sich nach der Verkündung des sogenannten neuen Kurses verringert, aber seit Dezember 1953 ist schon wieder eine ansteigende Kurve zu verzeichnen.

Die Pankower Machthaber opfern ihrer Ideologie alles, so gar die Sicherstellung der Ernährung im eigenen Lande. Überall in den Satellitenstaaten und der Sowjetunion herrscht das gleiche Bild, so daß eine Schließung der Ernährungslücke unmöglich ist.

Aufschlußreiche Zahlen

Zur Klärung der Situation in der Sowjetzone noch einige Zahlen zum Nachdenken. Trotz des sogenannten Milliardengeschenks an die Landwirtschaft nach Herabsetzung des Solls nach dem 17. Juni 1953 haben in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nur noch

25 Prozent der Bauern ihr Ablieferungssoll 1953 erfüllen können, ohne die Substanz ihres Hofes anzugreifen;

60 Prozent der Bauern haben zwar ihr Soll erfüllt, aber sie haben infolge der rigorosen Eintreibung ihrer Ablieferungsquoten weder Saat-

gut noch genügend Futtermittel und Eigenverpflegung;

15 Prozent der Bauern konnten ihr Soll überhaupt nicht erfüllen.

Die Lage der Landwirtschaft und die bevorstehende Ernährungskrise werden noch treffender gezeichnet, wenn man von der zukünftigen Veranlagung für das Jahr 1954 ausgeht. Die immer größer werdenden herrenlosen Flächen, die, wie bereits gesagt, nicht mehr den volkseigenen Gütern und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zur Bewirtschaftung übergeben werden, fallen in den kommunalen landwirtschaftlichen Betrieben, für die der Bürgermeister verantwortlich ist, aus der Erfassung heraus.

6 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche stehen in der Sowjetzone zur Verfügung. Von diesen 6 Millionen Hektar sind jedoch nur noch etwas über die Hälfte normal veranlagte Betriebe.

3,4 Millionen Hektar bäuerliche Betriebe werden nur noch normal veranlagt und können für die volle Erfassung verantwortlich gemacht werden.

2,6 Millionen Hektar haben Sonderveranlagung, die zum Teil erheblich unter den Normen liegen. Hierzu gehören:

0,2 Millionen Hektar Kirchengüter mit Sonderveranlagung,

0,6 Millionen Hektar volkseigene Güter mit Sonderveranlagung,

0,9 Millionen Hektar landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften mit geringer Veranlagung und

0,9 Millionen Hektar kommunale Landwirtschaftsbetriebe ohne jede Ablieferungspflicht.

So muß am Jahresbeginn 1954 festgestellt werden, daß die sowjetdeutsche Landwirtschaft sich in ihrem eigenen System vollständig totgelaufen hat. Es ist kaum anzunehmen, daß die Regierung der „DDR“ noch in der Lage ist, diese Ernährungskatastrophe aufzuhalten.

Praktische Arbeit beginnt

Schneller Start der Berliner Vierer-Konferenz

Berlin (Eigenmeldung). Überraschend schnell kann die Berliner Konferenz der Außenminister mit ihrer praktischen Arbeit beginnen, nachdem der amerikanische Außenminister Dulles bereits am zweiten Konferenztag erklärt hatte, er akzeptiere die von den Sowjets vorgeschlagene Tagesordnung, um einen langwierigen Streit darüber zu vermeiden. Die Außenminister Bidault und Eden gaben ebenfalls ihre Zustimmung.

Danach sieht die Tagesordnung vor: 1. Diskussion über die Entspannung der internationalen Lage und über eine Fünfmächtekonferenz mit Rotchina, 2. das Deutschland-Problem, 3. das Österreich-Problem. Damit wird das Deutschland-Problem sehr schnell zur Sprache kommen, denn Dulles teilte mit, daß die USA es ablehnten, sich mit einem Aggressor an einen Tisch zu setzen. Punkt 1 der Tagesordnung sei somit schnell zu erledigen.

Die Außenminister der drei Westmächte betonten in ihren ersten Erklärungen in Berlin nochmals, daß es ihnen darum gehe, die deutsche Einheit und freie Wahlen in ganz Deutschland herbeizuführen. Außenminister Dulles: „Wir hoffen, Deutschland wieder zu vereinigen; indem wir dem deutschen Volk als Gesamtheit die Rechte geben, die wir als Kulturmation für grundlegend ansehen. Dazu gehört das Recht eines Volkes auf freie Wahlen,

das Recht, sich seine eigene souveräne Regierung zu wählen.“

Außenminister Bidault betonte: „Das Schicksal der Demokratie in Deutschland hängt von einer Verbindung Deutschlands mit dem Westen ab.“ Es sei nicht einzusehen, warum eine Verbindung zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und der China-Frage hergestellt werden solle, wie die Sowjets es wünschen.

Außenminister Eden erklärte, es könne keine Einheit und Sta-

bilität in Europa geben, solange Deutschland künstlich geteilt bleibe. Eine Wiedervereinigung ohne freie Wahlen und Zustimmung des deutschen Volkes wären ein Hohn. Deshalb müßten freie Wahlen der erste unumgängliche Schritt sein: „In diesem Punkt können wir natürlich keinen Kompromiß eingehen.“

Die erste Rede Molotows enttäuschte allgemein. Der sowjetische Außenminister ging nicht auf die Vorschläge der Westmächte zur Wiedervereinigung Deutschlands, besonders nicht auf die Forderung nach freien Wahlen, ein. Er wiederholte im wesentlichen nur die alten sowjetischen Forderungen und Behauptungen und schlug die neue Tagesordnung vor, die im Gegensatz zu der ursprünglich vom Westen vorgesehenen Tagesordnung die Deutschland-Frage an die zweite Stelle rückt.

Hollands Zustimmung zur EVG

Im Senat 36 gegen 4 — Noch Unterschrift der Königin

Den Haag (AP). Der holländische Senat hat mit 36 gegen vier Stimmen der Ratifizierung des EVG-Vertrages zugestimmt. Der Vertrag bedarf zur Ratifizierung jetzt nur noch der Unterschrift der Königin Juliana.

Die Bundesrepublik hat die

Ratifizierung des Vertrages, soweit sie Sache des Parlaments ist, bereits vor Monaten abgeschlossen. In Frankreich und Italien ist der Vertrag dem Parlament noch nicht vorgelegt worden. In Belgien hat die zweite Kammer der Ratifizierung zugestimmt; der Senat wird sich voraussichtlich im Februar mit dem Gesetz befassen. In Luxemburg ist der EVG-Vertrag im Parlament eingebracht, aber noch nicht verabschiedet worden.

Im Verlauf der Debatte im holländischen Senat betonte Außenminister Beyen, es sei nicht Schuld des Westens, sondern der Sowjetunion, daß eine Wiederbewaffnung Deutschlands notwendig werde.

800 000 Mitteilungen

Berlin (DPA). Das Deutsche Rote Kreuz hat bisher mit Hilfe seiner Nachforschungsdienste seit Oktober 1947 1,49 Millionen Heimkehrer befragt und dabei fast 800 000 Mitteilungen erhalten, die entweder das Schicksal eines Verschollenen geklärt oder wichtige Hinweise geliefert haben.

22 000 Korea-Gefangene frei

Pannunjon (AP/DPA). Singend und jubelnd zogen rund 22 000 nordkoreanische und chinesische Gefangene, die nicht in die kommunistische Heimat zurück wollen, der Freiheit entgegen. Trotz aller kommunistischen Proteste hat Indien alle rückkehrunwilligen nichtkommunistischen Gefangenen dem Alliierten Oberkommando übergeben, das sofort alle Schritte einleitete, um die Gefangenen endgültig zu entlassen.

Die 22 000 Gefangenen trugen, als sie das Lager verließen, große Bilder des nationalchinesischen Präsidenten Tschiangkai-schek, des südkoreanischen Staatspräsidenten Syngman Rhee und des Begründers des modernen China, Sun Yat Sen. Den letzten über Lautsprecher

verbreiteten Appell der Kommunisten, in die Heimat zurückzukehren, beachteten sie nicht. An der Grenze der neutralen Zone wurden die Gefangenen von Syngman Rhee und dem nationalchinesischen Botschafter in Südkorea begrüßt. Auch der amerikanische Heeresminister Stevens und der UN-Oberbefehlshaber in Korea, General Hull, waren zugegen.

Ein Teil der chinesischen Kriegsgefangenen wurde sofort im Hafen von Incheon eingeschifft. Sie sollen nach Formosa transportiert werden. 300 Gefangene wollen in neutrale Länder gebracht werden.

In indischem Gewahrsam befinden sich jetzt nur noch jene etwa 300 Südkoreaner und 22 Amerikaner, die bei den Kommunisten bleiben wollen.

Konferenzen, Konferenzen . . .

Zehn Jahre alliierte Minister-Konferenzen über das Schicksal Deutschlands

Mit der Konferenz der Außenminister der vier Weltmächte in Berlin ist ein neuer Abschnitt in der Serie von Zusammenkünften und Konferenzen über das Schicksal Deutschlands erreicht. Das anfängliche Einvernehmen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten brach schon im Juni 1946 auf der Pariser Außenministerkonferenz zusammen. Beim dramatischen Abbruch der Londoner Konferenz im Dezember 1947 stand die Welt offenbar dicht vor einem dritten Weltkriege, der sich in der Blockade Berlins und im Korea-Krieg unheimlich abzeichnete. Nur durch den Zusammenhalt der drei Westmächte und ihre Zusammenarbeit mit der neuen Bundesrepublik Deutschland gelang es, den Frieden zu erhalten. Ein Jahrzehnt umfaßt bereits die Geschichte der alliierten Konferenzen über Deutschland:

Teheran 1943

Die Teheraner Konferenz war die „Hochzeit der Zusammenarbeit“ der Westmächte mit den Sowjets, die kurz vorher mit einer Außenministerkonferenz in Moskau eingeleitet worden war. Roosevelt erklärte, die Sowjetunion sei als ein „neues Mitglied in den Familienkreis aufgenommen“. Schon am Ende der Konferenz mußte er feststellen, daß Stalin sich als „viel zäher und zeitweise unföhllicher“ erwiesen hatte, als vorher angenommen worden war.

Ganz klar forderte Stalin die Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens. Er erklärte den Morgenthauptplan hinsichtlich der Behandlung Deutschlands als vollkommen unzureichend.

Jalta 1945

Gemäß den Vorschlägen der Beratenden Europakommission wurde in Jalta die Aufteilung Deutschlands in „Besatzungszonen“ festgelegt, wobei die deutschen Gebiete östlich von Oder-Neiße „unter polnische Verwaltung“ gestellt wurden, nach Meinung der Westmächte als eine Art fünfte Besatzungszone. Als Regierung Deutschlands wurde im Auftrage einer zu bildenden „Außenministerkonferenz“ der „Alliierte Kontrollrat“ gebildet.

Deutschland sollte insgesamt 20 Milliarden Dollar Reparationen durch Demontage und Sachleistungen bezahlen. Es wurde beschlossen, Frankreich an der Besetzung Deutschlands und am Kontrollrat zu beteiligen, nachdem im Dezember 1944 ein fran-

zösisch-sowjetisches Bündnis abgeschlossen worden war.

Potsdamer Konferenz 1945

Die Potsdamer Konferenz bestätigte die Beschlüsse von Jalta, die als „Potsdamer Statut“ bekanntgegeben wurden. Mit Mühe rangen die Westmächte den Sowjets die Bestimmung ab, daß Ostdeutschland bis zur Oder-Neiße-Grenze Polen zur Verwaltung übergeben wurde „bis zur Regelung durch den Friedensvertrag“.

Deutschland soll während der Besetzungszeit als ein „wirtschaftlich einheitliches Ganzes“ behandelt werden mit der Maßgabe, daß für Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Außenhandel, Geld- und Bankwesen, Steuern, Lohn- und Preispolitik eine gemeinsame Politik festzulegen sei.

Hinter den Kulissen bestehen schon schwerste Differenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über die „Demokratisierung“, d. h. die Sowjetisierung Polens, Rumäniens, Bulgariens und Ungarns.

Paris 1946

Der amerikanische Außenminister, Byrnes und der britische Außenminister Bevin fordern, daß gemäß dem Potsdamer Statut die vier Besatzungszonen wirtschaftlich vereint werden. Beide Außenminister stellen fest, daß, wenn die Zonengrenzen weiter aufrecht erhalten bleiben, dies tatsächlich eine Teilung Deutschlands bedeuten würde, wodurch der Frieden gefährdet werden könne. Die vier Außen-

minister gehen ohne Einigung auseinander.

Moskau 1947

Die Außenministerkonferenz in Moskau vom 10. März bis 24. April 1947 führt ebenfalls zu keinem Ergebnis. Die Sowjets behaupten, in den Westzonen sei die Abrüstung nicht vollständig, die Riesenwerke des Ruhrgebietes als Grundlage einer neuen Aggression würden nicht demontiert. Die Amerikaner stellen fest, daß die Sowjets in großem Umfang aus ihrer Besatzungszone Reparationen aus der laufenden Produktion entnehmen und eine sehr große Anzahl deutscher Industrierwerke in sowjetisches Eigentum übernommen haben. Es müsse sofort ein gemeinsames deutsches Wirtschaftsprogramm aufgestellt werden und die Sowjetunion müsse eine vollständige Abrechnung über die Reparationen vorlegen.

London 1947

Die Londoner Konferenz, die am 25. November begann, wurde am 15. Dezember in düsterster Stimmung auf unbestimmte Zeit vertagt, weil die Sowjets sich weigerten, die Zonengrenzen abzuschaffen und völlig freien Verkehr innerhalb ganz Deutschland zuzulassen.

Die Sowjetunion verlangt zehn Milliarden Dollar Reparationen durch Lieferungen aus laufender Produktion.

Wegen der sehr schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands und des Hungers breitetester Bevölkerungskreise lehnen die Westmächte die Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion aus ihren Zonen ab.

Mit dem Abbruch der Londoner Konferenz vom Dezember 1947 ist praktisch jene Einigung über eine wirtschaftliche und politische Wiedervereinigung Deutschlands gescheitert.

Die später im Kontrollrat noch geführten Verhandlungen namentlich über eine gemeinsame Währungsreform, haben nur noch formalen Charakter und werden von den Sowjets planmäßig sabotiert, bis den

(Fortsetzung Seite 6)

Stalinstädter Impressionen

Wild-West in Mark Brandenburg — Eine verwahrloste Stadt

Auf einer weiten, freien Fläche, etwa zwei Kilometer von Fürstenberg/Oder entfernt, breitet sich die „Goldgräber“-Stadt der Zone aus: Stalinstadt. Eine Wildwest-Siedlung für harte junge Leute, eine Goldgrube für Männer und Frauen, die hier die höchste Bezahlung der Zone erhalten und sich dafür die Gesundheit ruinieren.

Angaben über die Einwohnerzahl schwanken zwischen 15 000 und 24 000. Die Hochöfen, Fabrikhallen, Kulturhäuser, Konsumgeschäfte und HO-Läden, die halbfertigen und fertigen

Wohnblocks, die zahllosen Baracken stehen ohne Beziehung zueinander im eisigen Ostwind. Die einzige deutsche Stadt, die keine Kirche besitzt...

Man muß an Bilder aus den Zwangsarbeitslagern Sibiriens denken, wenn man die unfertige Hauptstraße entlang geht, überall liegen Kanalisationsröhren, es riecht nach Kohlsuppe und Schmutz.

Kneipe an Kneipe. Wenn man eintritt — und es ist gleichgültig, ob vormittags oder abends —, wird man von Betrunknen angestiert, irgendwo

ist eine Schlägerei im Gange — die Geldscheine und Messer sitzen lose. Harte, junge Gesichter — Männer und Frauen, Zwangsverpflichtete und auch Freiwillige, die rasch zu Geld kommen wollen, und es ebenso rasch wieder ausgeben. Wodka und Tokaier, HO-Platten und Salzheringe. Kaum jemand ist verheiratet.

Goldgräber-Atmosphäre in der Mark Brandenburg. Der Gesundheitszustand ist verheerend. Das alltägliche Lagerleben in den Baracken, der Schmutz, der moralische Dreck, der sich hier aufgespeichert hat. Die Partei wird täglich „überfahren“. Man nimmt sie nicht ernst.

Kürzlich brannte eine Halle ab. Dort wurden die aus Oberschlesien eintreffenden Kohlenzüge angewärmt, damit sie sich schneller entladen lassen. Sabotage? Unachtsamkeit?

Wozu dies alles? fragt man. Wahnsinn, hier ein „Eisenkombinat“ zu errichten — ohne Erz, ohne Kohle. Aber die „DDR“ befahl es. Und so entsteht diese seltsamste Stadt, die es je in Deutschland gegeben hat...

Konferenzen, Konferenzen...

(Fortsetzung von Seite 5)

Westmächten im Juni 1948 nichts anderes übrig bleibt, als von sich aus die alte Reichsmark zu liquidieren und die Westmark einzuführen. Die Sowjets führen kurz darauf die Ostmark ein und versuchen, durch die Blockade die Westmächte aus Berlin herauszudrängen.

Der Kalte Krieg nimmt schärfste Formen an. Erst im Mai 1949 gibt Moskau die Blockade Berlins auf.

Paris 1949

Vom 23. Mai bis 20. Juni 1949 tagt im Palais Marbre Rose in Paris die Konferenz der vier Außenminister Acheson, Bevin, Schuman und Wyschinski. Die Sowjetunion versucht, den durch ihren Austritt im Frühjahr 1948 aufgelösten Kontrollrat wieder einzusetzen. Aus den Ost- und Westzonenbehörden wollen sie einen gesamtdeutschen Staatsrat gründen.

Die Westmächte verlangen, daß die Länder der Sowjetzone dem Bonner Grundgesetz angeschlossen werden, damit die demokratischen Grundsätze gesichert werden.

Eine Einigung über die Aufhebung der Handels- und Transportbeschränkungen ist das einzige Ergebnis der Pariser Konferenz.

Paris 1951

Am 5. März 1951 traten in Paris die vier stellvertretenden Außenminister zusammen. In

dieser monatelangen Vorkonferenz konnte man sich nicht einmal über die Tagesordnung einer Außenministerkonferenz einigen. Ein jahrelanger Notenwechsel ist seither über die Außenministerkonferenz geführt worden, die nun endlich am 25. Januar begann.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Es empfiehlt sich, gegenüber nachstehend genannten Personen Vorsicht walten zu lassen, da sie verdächtig erscheinen, Zuträgerdienste für die sogenannten staatlichen Sicherheitsorgane der DDR zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. **Enste, Engelbert**, etwa 53 Jahre alt, wohnhaft in Bad Freienwalde, Kreis Oberbarnim in Brandenburg, Mitglied der SED, Buchhändler. Wird der politischen Tätigkeit für die sowjetische Besatzungsmacht beschuldigt und ist verdächtig, darüber hinaus im Dienste der NKWD/MWD zu stehen.

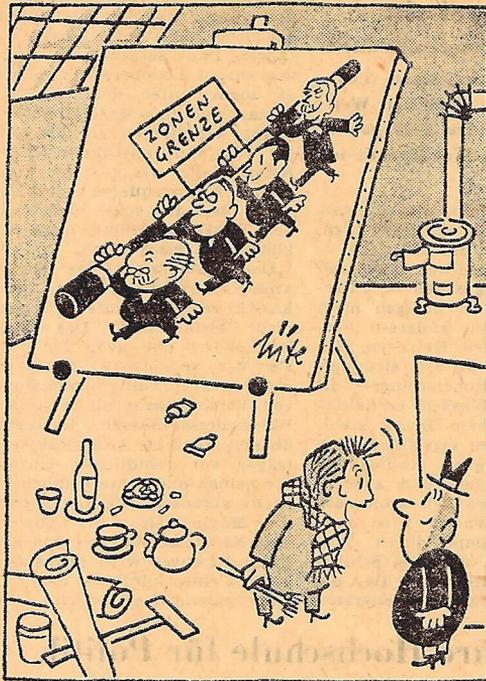
2. **Fentz, Alfred**, etwa 35 Jahre alt, wohnhaft in Nauen, Kreis Osthavelland in Brandenburg, Mitglied der SED. Ohne Tätigkeit, OeF-Rentner. Nach Wort und Haltung ein eifriger Verfechter des sowjetzonalen Systems. Ist befreundet mit dem Leiter des Staatssicherheitsdienstes in Nauen und verdächtig, für den SSD zu arbeiten.

3. **Tischer, Christa**, etwa 24 Jahre alt, wohnhaft in Crivitz, Kreis Schwerin in Mecklenburg. Friedrich-Ebert-Straße. Sie ist in Schwerin tätig, hat dort einen zweiten Wohnsitz zur Untermiete und ist der Denun-

ziation mit Verhaftungsfolge und des Versuchs der Vorbereitung eines Menschenraubes aus West-Berlin verdächtig.

4. **Heitzmann, Ferdinand**, etwa 50 Jahre alt, wohnhaft in Mosbach, Kreis Eisenach in Thüringen, Mitglied der SED und Funktionär. Ist nach Wort und Haltung ein eifriger und radikaler Verfechter des sowjetzonalen Systems und verdächtig, im Dienste der NKWD/MWD zu stehen.

5. **Ganz, Reinhold**, etwa 48 Jahre alt, wohnhaft in Potsdam, SED, Angestellter beim Rat der Stadt, Vorsitzender der BPO. Dieser war während der Westberliner Hilfsaktion „Lebensmittel für die Zone“ besonders eifriger und aktiver Helfer der sogenannten Staatlichen Kontrollorgane bei den Kontrollen der aus Richtung Westberlin ankommenden Reisenden auf dem Hauptbahnhof Potsdam.



„Was ich mir von der Konferenz erhoffe? Daß die Vier nicht mit leeren Händen forgehen!“

Lippenstift für Aktivistinnen

Nachdem in der Sowjetunion und den Volksdemokratien Millionen von Frauen Schwerarbeit im Bau- und Transportgewerbe, im Bergbau und der Maschinenindustrie leisten müssen, kommt jetzt aus den Hauptstädten hinter dem Eisernen Vorhang eine neue Errungenschaft für die zwangsarbeitenden Frauen: Kosmetik für Aktivistinnen. Zwar gibt es in der Sowjetunion nach wie vor Hunderttausende von Lasträgerinnen und Gepäckträgerinnen, doch, wer im nerven- und kräfteverzehrenden Kampf um die Erfüllung der Arbeitsnormen steht, soll in Zukunft als Belohnung des neuen Kurses auch Schminke und Lippenstift gebrauchen dürfen.

„Als vor einiger Zeit“, so berichtet das Zentralorgan der ungarischen KP, „die sowje-

tische Stachanow-Weberin Natalja Dubjaga, die bereits zweimal mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet ist, Ungarn besuchte, warteten wir auf sie in der Halle des Grand-Hotels auf der Margaretens-Insel. Sie entschuldigte sich mit den Worten: „Es tut mir leid, daß ich so spät komme, aber der Friseur und die Schönheitspflegerin waren noch nicht fertig. Zu Hause gehe ich vor der Arbeit immer zum Friseur und zum kosmetischen Fachmann.“

Die Stachanow-Aktivistin Dubjaga hat tatsächlich dazu beigetragen, daß diese Art von hochentwickelter sowjetischer „Kultura“ auch in Ungarn Eingang hielt. Es bestehen bereits 30 kosmetische Schönheitssalons in ungarischen Fabriken. Und die KP-Presse empfiehlt: „Jede Frau sollte mindestens einmal

Nur flüstern . . .

Die Reaktionäre

Während eines Besuches in Moskau besuchte Otto Grotewohl Malenkow und fragte ihn im Vertrauen: „Gib es in deinem Land viele Reaktionäre, Genosse?“

„Ja, leider Gottes haben wir einige“, antwortete Malenkow.

„Und wie viele ungefähr?“ fragte Grotewohl.

„Etwa achtzehn Millionen, würde ich sagen“, war Malenkows Antwort.

Worauf Grotewohl einen Seufzer der Erleichterung ausstieß: „Gott sei Dank, in der DDR gibt es auch nicht mehr.“

Zu unsicher

In Ostberlin treffen sich zwei alte Schulfreunde. Sie haben sich seit Jahren nicht gesehen. Erzählt der eine, daß er SED-Funktionär geworden sei, aber es gehe ihm gar nicht gut:

„Mich haben sie der Partei-Sabotage verdächtigt, dabei habe ich gar nichts getan!“ Erst ist bei ihm Haussuchung gemacht worden, dann ist er geflüchtet und die Vopo hat hinter ihm hergeschossen. Seine Wohnung wurde beschlagnahmt, seine Frau ist verhaftet. Was mit den Kindern geschehen ist, weiß er nicht.

„Mensch, und da bist du noch hier?“ wundert sich sein Freund. „Mach doch, daß du nach Westberlin kommst!“

Sieht ihn der SED-Funktionär erschreckt an: „Wo denkst du hin! Ich habe in unseren Zeitungen gerade gelesen, daß es dort so unsicher sein soll!“

Fünf Minuten

In Ostberlin werden drei Arbeiter verhaftet und in eine Zelle gesperrt.

„Warum hat man dich denn geschonnappt?“ fragt der erste.

„Wegen Sabotage. Ich kam fünf Minuten zu spät zur Arbeit“, entgegnet der eine. „Und warum sitzt du hier?“

„Wegen Spionageverdacht. Ich war schon fünf Minuten vor Arbeitsbeginn im Betrieb.“

„Seht ihr“, mischt sich der dritte in das Gespräch, „und ich wurde verhaftet, weil ich immer pünktlich auf die Minute zur Arbeit kam. Da merkten sie, daß ich im Westen eine Uhr gekauft hatte . . .“

in 14 Tagen zum kosmetischen Fachmann gehen.“ Arbeiten sollen die Frauen natürlich weiter wie zuvor — trotz Lippenstift und Puder.

Das erste Atom-U-Boot ist da

Stapellauf des „Nautilus“ — Admiral Rickover boxte sich durch

Auf der Werft von Groton im amerikanischen Staate Connecticut ist am 21. Januar das erste Atom-U-Boot der Welt vom Stapel gelaufen. Die Gattin des Präsidenten Eisenhower vollzog den denkwürdigen Taufakt, der einen Wendepunkt in der Geschichte der Seefahrt markiert.

Der Mann, dem die USA ihr erstes Atom-U-Boot verdanken, hat einen langen und harten Kampf gegen seine Kameraden und Vorgesetzten durchfechten müssen. Doch der Sohn des polnischen Schneiders Abraham Rickover besaß die notwendige Zähigkeit, die Hindernisse zu überwinden weiß.

Der heute vierundfünfzigjährige Admiral Hyman George Rickover erhielt nach dem Krieg ein Kommando in Oak Ridge, um kernphysische Probleme zu studieren, die für die Marine von Bedeutung sein könnten. In der Atomfabrik reiften dann die ersten Pläne zum Bau eines atomgetriebenen Unterseebootes.

Rickover unterbreitete seiner vorgesetzten Behörde entsprechende Vorschläge. Zwei Jahre hat er sich dann durch die Klippen der Bürokratie laziert, bis er mit seinem Stab endlich die Arbeit aufnehmen konnte, und zwei weitere Jahre sollten noch vergehen, ehe das Atom-U-Boot „Nautilus“ im Juni 1952 auf Kiel gelegt werden konnte.

Unvorstellbare Schwierigkeiten waren in der Zwischenzeit überwunden worden. Die Konstruktion des Antriebs stellte die Ingenieure vor völlig neue Aufgaben. Denn der Atomreaktor, wie die Anlage in der Fachsprache genannt wird, arbeitet nach dem Prinzip der Atom-bombe, nur mit dem Unterschied, daß die Kettenreaktion unter Kontrolle bleibt und willkürlich reguliert werden kann.

Wie das geschieht, wissen einstweilen nur die Eingeweihten.

Das Prinzip des Antriebs — von der eigentlichen atomaren Heizanlage abgesehen — unterscheidet sich im übrigen nicht wesentlich von anderen Verfahren. Um den Heizkern, den Atomreaktor, winden sich spiralenförmige Rohrleitungen, die destilliertes Wasser enthalten, das unter hohem Druck steht. Die Destillation verhindert, daß Verunreinigungen radioaktive Partikel anziehen und aufnehmen. Das durch den Atomreaktor erhitzte Wasser wird dann als Wasserdampf durch Turbinen geleitet, die zwei Schiffs-schrauben antreiben. Da die Kernreaktion keinen Sauerstoff

verbraucht, ist das U-Boot in der Lage, wochenlang ohne Schnorchelgerät unter Wasser zu fahren. Dank seinem nahezu unbegrenzten Aktionsradius könnte es sogar unter dem Nordpol hertauchen, denn der Sauerstoffbedarf der Mannschaft läßt sich in Flaschen mitführen. Eine Klimaanlage, die aus der gleichen Energiequelle gespeist wird, der die sonst unerträgliche Hitze entströmt, sorgt für kühle und frische Luft.

Der Kampfwert des ersten Atom-Unterseebootes ist nach Ansicht der Fachleute noch gar nicht abzumessen. Das Boot wird nicht nur schneller sein als der modernste Zerstörer, sondern auch völlig unabhängig von Versorgungsproblemen und Witterungseinflüssen. Es kann überraschend als Atom-Raketenträger vor feindlichen Küsten erscheinen und seine gefährliche Waffe abfeuern, ehe der Gegner die Möglichkeit einer Abwehr hat. Nach Überzeugung von Admiral Rickover wird das Atom-U-Boot einen künftigen Seekrieg entscheidend beeinflussen.

5 Jahre Hochschule für Politik

Die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin beging den fünften Jahrestag ihres Bestehens. Gegenwärtig setzt sich der Lehrkörper der Hochschule aus zehn hauptamtlichen Dozenten, vier wissenschaftlichen Assistenten und etwa 40 Lehrbeauftragten zusammen. 441 Vollstudenten und 218 Gasthörer werden in den Lehrgebieten Empirie und Theorie der Politik und Außenpolitik unterrichtet. Bisher haben 82 Studenten das Diplomexamen bestanden.

Der Forschung dient ein zusammen mit der Freien Universität errichtetes „Institut für politische Wissenschaft“. Außerdem unterhält die Hochschule mit der Berliner Verwaltungs-

akademie ein Kommunalwissenschaftliches Institut.

Für die wissenschaftliche Arbeit steht eine Bibliothek mit rund 25 000 Bänden zur Verfügung.

SSD, herkören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt:

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.